



Checkliste Pandemiebewältigung: Strategien zum Umgang mit Fehl- und Falschinformationen während der Covid-19-Pandemie

Über gewisse Medien und andere Kanäle wurden manchmal auch falsche Informationen verbreitet. Es handelte sich teils um Missverständnisse, teils aber auch um Desinformation zum Ausmass und dem Ursprung der Pandemie, zur Prävention, Diagnose und Behandlung der Krankheit.

Um Fehl- und Falschinformationen entgegenzuwirken, setzte der Bund auf verschiedene Ansätze. Im Folgenden sind die zentralen Elemente dieser Strategie aufgeführt:

□ Transparente und regelmässige Kommunikation

- **Tägliche Medienkonferenzen:** Zu Beginn der Pandemie informierten die Behörden, insbesondere das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die Regierung, regelmässig in Medienkonferenzen über die aktuelle Lage, Massnahmen und wissenschaftliche Erkenntnisse.
- **Offizielle Websites:** Plattformen wie die Website des BAG wurden als zentrale Anlaufstelle für verlässliche Informationen genutzt, mit Updates zu Fallzahlen, Schutzmassnahmen und Impfkampagnen.
- **Dashboard-Systeme:** Online-Tools wurden eingerichtet, um aktuelle Daten zu Covid-19 (z. B. Infektionszahlen, Hospitalisierungen, Impfquoten) transparent darzustellen.

□ Aufklärungs- und Informationskampagnen

- **Social-Media-Präsenz:** Der Bund setzte auf Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter und YouTube, um gezielte Botschaften zu verbreiten und jüngere Zielgruppen zu erreichen. Kampagnen wie «So schützen wir uns» erläuterten Präventionsmassnahmen wie Maskentragen und Impfung.
- **Videos und Grafiken:** Erklärvideos, Infografiken und Animationen vermittelten komplexe Inhalte auf verständliche Weise.
- **Mehrsprachigkeit und Diversität:** Informationen wurden in mehreren Sprachen und unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede bereitgestellt, um verschiedene Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

□ Bekämpfung von Desinformation

- **Faktenchecks:** In Zusammenarbeit mit Medien und unabhängigen Organisationen wurden verbreitete Falschinformationen analysiert und widerlegt.



- Monitoring sozialer Medien:** Der Bund beobachtete Desinformationskampagnen auf sozialen Plattformen, um frühzeitig zu reagieren.

- Klarstellungen durch Expertise:** Wissenschaftlerinnen und Gesundheitsexperten wurden eingebunden, um in der Öffentlichkeit Vertrauen aufzubauen und Desinformationen mit evidenzbasierten Aussagen zu begegnen.

- Vertrauensaufbau durch Wissenschaft**
 - Einbindung von Expertinnen und Experten:** Der Bund setzte auf enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, um getroffene Massnahmen wissenschaftlich zu untermauern.

 - Dialogformate:** In Webinaren, Diskussionen und Bürgerdialogen konnten Fragen der Bevölkerung direkt adressiert werden.

- Verhaltens- und Risikokommunikation**
 - Einfache und klare Botschaften:** Die Kommunikation konzentrierte sich auf prägnante Kernbotschaften wie «Hände waschen, Maske tragen, Abstand halten».

 - Empathische Ansprache:** Die Bedürfnisse, Sorgen und Ängste der Bevölkerung wurden in der Kommunikation berücksichtigt.

- Zusammenarbeit mit Plattformen und Medien**
 - Direkte Ansprechpersonen bei Social-Media-Plattformen:** Der Bund arbeitete mit Plattformen wie Google, Facebook und Twitter zusammen, um den Zugang zu verlässlichen Informationen sicherzustellen und Falschinformationen als solche zu kennzeichnen.

 - Medienschaffende als Multiplikatoren:** Journalistinnen und Journalisten wurden gezielt informiert, um eine sachliche Berichterstattung zu fördern.

- Herausforderungen und Kritik**

Trotz der umfangreichen Bemühungen stiess die Kommunikation des Bundes aus folgenden Gründen an ihre Grenzen:

 - Skepsis gegenüber staatlicher Information:** Misstrauen in der Bevölkerung, insbesondere bei Impfgegnern und Verschwörungsgläubigen, machte die Kommunikation schwierig.

 - Überinformation:** Manche empfanden die Fülle an Informationen als überwältigend und widersprüchlich.

 - Dynamische Lage:** Schnell wechselnde wissenschaftliche Erkenntnisse erschwerten eine konsistente Botschaft. Zu Beginn der Pandemie wurden Informationen teilweise an direkt Involvierte (z. B. Kantone) zu langsam weitergegeben und die Medien gleichzeitig oder sogar vorher informiert. Es braucht eine klare Informationskaskade.